

Politik bekennt sich gegen Rassismus

Antrag gegen Fremdenfeindlichkeit verabschiedet

Es kommt selten vor, aber in der letzten Ratssitzung haben sich alle politischen Vertretungen auf einen gemeinsamen Antrag unter der Überschrift „Sprockhövel hat keinen Platz für Rassismus“ geeinigt.

SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, WfS, MiS und die in der neuen Ratsperiode nicht mehr vertretene Linke haben auf der Grundlage des Antrages der Flüchtlingshilfe Sprockhövel und der evangelischen Kirchengemeinde Bredenscheid-Sprockhövel an Bürgermeister Ulli Winkelmann die Thematik aufgenommen, um zusammen ein Zeichen gegen Rassismus zu setzen.

Darin heißt es: „Der Antrag soll verdeutlichen, dass Extremismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und jegliche gruppenbezogene

Menschenfeindlichkeit die Würde des Menschen und damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland in ihren Grundfesten berührt.“

Daher bekenne sich der Rat der Stadt Sprockhövel zu folgenden Grundsätzen: Sprockhövel ist eine weltoffene, vielfältige, tolerante und internationale Stadt, die von unterschiedlichen Kulturen und einem friedlichen Zusammenleben aller ihrer Menschen profitiert. Symbolisch soll an allen Ortseingangsstellen ein Schild mit der Botschaft „Sprockhövel hat keinen Platz für Rassismus“ platziert werden. Die demokratischen Ratspolitiker wollen die politische Auseinandersetzung mit Respekt und frei von Gewalt führen.

mas